

Stadt will Zugriff auf den Endlager-Geldtopf

Radioaktive Abfälle Kommt das Atomendlager ins Weinland, soll auch Winterthur entschädigt werden. Das fordert der Stadtrat und spricht von «Restrisiken» und «ideellen Immissionen».

Markus Brupbacher

Was der links-grün dominierte Winterthurer Stadtrat will, ist klar: Sollte das Endlager für hoch radioaktive Abfälle im Weinland gebaut werden, sei die Stadt finanziell zu entschädigen. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) gibt im September bekannt, wo sie das Lager bauen will – im Weinland, im Zürcher Unterland oder am Aargauer Bözberg.

Warum der Stadtrat an den Endlager-Geldtopf kommen will, das schreibt er in seiner Antwort auf die Anfrage des Stadtparlamentariers Urs Glättli (GLP) über eine «atomare Duldungsprämie». Entscheide sich die Nagra für das Weinland, habe dies «konkrete Auswirkungen auf die Stadt Winterthur», schreibt die Stadtregierung. Sie nennt dabei den Rheingrundwasserstrom und die Bahntransporte mit dem Atommüll durch Winterthur.

Recht, Rheingrundwasser zu nutzen

Seit 1967 besitzt die Stadt bei Rheinau eine Konzession, um in Zukunft den mächtigen Grundwasserstrom anzuzapfen. Um das Wasser nach Winterthur zu transportieren, wird eine 15 Kilometer lange Pipeline derzeit geprüft. Das Rheinauer Grundwasservorkommen ist für Winterthur und den Kanton eine langfristige strategische Trinkwasserreserve.

«Im Falle einer Havarie im Tiefenlager bestünde wohl auch bei den besten Sicherheitsvorkehrungen ein gewisses Restrisiko, dass dieses Wasser kontaminiert und damit für unzählige Jahre nicht nutzbar wäre», schreibt der Stadtrat. Zwar seien solche Schäden haftpflichtrechtlich gedeckt, «wirtschaftliche Schäden aufgrund ideeller Immissionen indes nicht». Damit sind Einwirkungen gemeint, die das seelische Empfinden verletzen respektive unangenehme psychische Eindrücke wecken.



Blick ins Zwischenlager (Zwilag) im aargauischen Würenlingen mit den Lagerbehältern (Castoren) für hoch radioaktive Abfälle: Bis das Endlager gebaut ist, lagert der strahlende Abfall in einer Halle direkt an der Aare. Foto: Kurt Tschan

Auch von Bordellen oder Schlachthöfen können ideelle Immissionen ausgehen. Anwohner fühlen sich nicht etwa durch Geruch oder Lärm gestört, sondern weil sie Prostitution oder Fleischkonsum ablehnen. Laut Stadtrat ist es «durchaus wahrscheinlich, dass die Bevölkerung es ablehnt, Trinkwasser zu konsumieren, das direkt neben einem Tiefenlager für nukleare Abfälle gefördert wird». So müsste anderes, womöglich teureres Trinkwasser beschafft werden, «was mit einem finanziellen Schaden verbunden wäre». Dafür soll die Stadt entschädigt werden.

Also für einen mutmasslichen Schaden, der allein durch den Glauben entsteht, dass das Wasser verseucht werden könnte.

Winterthur nicht Teil der Standortregion

Gleich argumentiert der Stadtrat bei den Atom-Zügen durch den Hauptbahnhof Winterthur. Im Falle von Unfällen oder terroristischen Anschlägen sei die Winterthurer Bevölkerung «grossen gesundheitlichen und ökologischen Risiken ausgesetzt». Diese «direkte Betroffenheit» aufgrund der zu tragenden Restrisiken und

der ideellen Immissionen sei «finanziell abzugelten», fordert die Stadtregierung.

Doch wie realistisch ist es überhaupt, dass Winterthur an den Abgeltungsverhandlungen teilnehmen und dort Geld für solche Restrisiken und ideelle Immissionen fordern kann? Diese Zeitung hat beim Bundesamt für Energie (BFE) nachgefragt.

Die Antworten des BFE zeigen: Dass auch Winterthur Geld aus dem Endlager-Topf kriegt, ist eher unwahrscheinlich. Ab 2023 sollen die Abgeltungsverhandlungen beginnen. Daran nehmen neben den Verursachern der ra-

dioaktiven Abfälle – die Kernkraftwerkbetreiber und der Bund – Vertreter der Kantone und Gemeinden der Endlager-Standortregion teil. Das Problem: Winterthur gehört gar nicht zu dieser Region.

Winterthur ist nur dank der Gemeinde Dägerlen indirekt an der Standortsuche beteiligt. Denn einzig Dägerlen gehört sowohl zur Endlager-Region als auch zum Zweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU). Und Stadtrat Stefan Fritschi (FDP) ist als RWU-Präsident Mitglied der Endlager-Regionalkonferenz.

Laut dem BFE soll die Verhandlungsdelegation der Standortgemeinden aus fünf Vertretern bestehen. Wer das sein wird, ist noch offen. Über die Bildung der Delegation wird diskutiert – ohne Winterthur. Schon an der Aushandlung des Leitfadens für die Abgeltungsverhandlungen im Jahr 2017 war die Stadt nicht beteiligt, weil sie eben nicht zur Standortregion gehört. Auch die RWU nahm damals nicht teil.

Vom Wohlwollen anderer abhängig

Ob der RWU-Verband Teil der kommunalen Delegation sein kann, «werden die Vertretungen der Gemeinden der Standortregion zu entscheiden haben», sagt das BFE. RWU und Stadt Winterthur wären also vom Wohlwollen einer Vielzahl von Weinländer Gemeinden abhängig. Es ist fraglich, ob diese Winterthur da entgegenkommen. Denn vom Bau und Betrieb des Endlagers wären sie viel stärker betroffen als die Stadt. Und dass sie Winterthur am Endlager-Geldtopf teilhaben lassen, ist schwer vorstellbar. Wichtig zu betonen ist: Ob und in welcher Höhe die Standortregion Abgeltungen bekommt, ist gesetzlich nicht vorgeschrieben.

Und was hält das BFE von der Winterthurer Argumentation, um an den Endlager-Geldtopf zu gelangen? Durch Abgeltungen würden grundsätzlich keine «Restrisiken» oder «ideellen Immissionen» entschädigt. Solche gebe es allenfalls dafür, dass die Standortregion «zur Lösung einer nationalen Aufgabe beiträgt». Und die Gelder sollen für Massnahmen zur Entwicklung der Standortregion verwendet werden – also der Region, zu der Winterthur nicht gehört. Nur wenn das Endlager effektive, nachweisbar negative Auswirkungen habe, könnten beim BFE Kompensationsmassnahmen beantragt werden, «falls sie nicht schon aufgrund des Gesetzes entschädigt werden müssen».

Palliativverein hört auf, Zürcher Stiftung übernimmt

Gesundheit Der seit 2008 aktive Verein Palliative Care Winterthur-Andelfingen löst sich auf.

Palliativpflege ist immer dort nötig, wo Menschen mit unheilbaren oder tödlichen Erkrankungen konfrontiert sind. Für die spezialisierte Pflege zu Hause war in Winterthur und Umland seit 2008 der Verein Palliative Care Winterthur-Andelfingen zuständig. Dieser hat am 21. Juni seine Auflösung beschlossen, per Ende September wird das bestehende Pflegeteam, das Mobile Palliative Care Team (MPCT), seinen Betrieb einstellen. Für Nachfolge ist aber gesorgt. Ab 1. Oktober wird die Stiftung Palliativa in Winterthur ambulante spezialisierte Palliative Care anbieten.

Die Stadt Winterthur wird dazu einen Vertrag mit der Stif-

tung aus Zürich-Oerlikon unterzeichnen, mit umliegenden Gemeinden laufen Gespräche. Palliativa wird in Winterthur einen Stützpunkt betreiben – ihren insgesamt sechsten. Drei Pfleger werden voraussichtlich vom bestehenden Winterthurer Team zu Palliativa wechseln, zwei gehen in Pension.

Pflegestunden nahmen ab, Kosten stiegen

Die amtierende Vereinspräsidentin Brigitte Trechsel sagt, der Vorstand sei «dankbar, dass für die palliative Versorgung in Stadt und Region Winterthur eine gute Lösung gefunden wurde». Eine Veränderung sei aus betrieblichen Gründen nötig geworden: Die 24-Stun-

den-Erreichbarkeit könne in einem kleinen Team – in Zeiten des Fachkräftemangels – nur schwer sichergestellt werden. Andererseits gab es auch finanziellen Druck: So nahm die Zahl der Pflegestunden in den letzten Jahren ab, während die Kosten stiegen.

Der Rückgang der Pflegestunden habe teils auch erfreuliche Hintergründe, sagt Trechsel. So sei die Kompetenz und das Wissen im Palliativbereich bei den allgemeinen Spitex-Dienstleistern gestiegen und weitere Angebote rund um Winterthur seien dazugekommen, etwa das Hospiz Pallistella in Rämismühle.

Michael Graf

Kompotoi zügelt nach Winterthur

Start-up für Komposttoiletten In einem Permakultur-Kurs baute Jojo Linder vor 14 Jahren erstmals eine Komposttoilette. Und lernte dabei, wie aus Fäkalien wertvolle Erde entsteht. Vor sechs Jahren gründete der heute 37-jäh-

rige mit Kompotoi ein Start-up, das solche Toiletten verkauft und vor allem für Anlässe vermietet. Heute stehen bereits um die 500 Kompotois im Einsatz. «Am alten Standort in Zürich-Altstetten platzten wir aus allen Näh-

ten», sagt Linder. Darum zügelt die Firma derzeit nach Winterthur. Im Gewerbegebiet an der Zürcherstrasse 254 fand er in der Nähe der Autobahnauffahrt Töss ein grosses Lager. Die Büros seien bereits da, die Logistik grösstenteils noch in Zürich. «Hier haben wir Platz zum Wachsen», sagt Linder über den neuen Standort. Hier in der Halle sollen die Kompotoi gewaschen und neue gebaut werden.

Künftig will Kompotoi etwa 20 Mitarbeitende am Hauptsitz in Töss beschäftigen. In Winterthur war die Firma mit ihren WCs aber schon vor dem Umzug präsent. Etwa an den Musikfestwochen. Der Geruch wird, anders als bei herkömmlichen Toiletten, nicht mit Chemie, sondern mit Holzspänen als Einstreu bekämpft. In Winterthur will Linder nicht nur wachsen, sondern auch weiter forschen: «Die Toilette der Zukunft ist noch nicht erfunden.» (dba)



Eine Komposttoilette wird verladen. Foto: Cristian Beutler (Keystone)